

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5607

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5607



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

März 2026

Policy Brief

Zwischen mehr Marktzugang und Wertepolitik: Die Revision des Freihandelsabkommens Schweiz–China im geopolitischen Wandel

Elisa Cadelli

Selina Hänni

Die Autorinnen

Elisa Cadelli arbeitet an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik im Rahmen eines Forschungsprojekts zu Klima, Energie und Biodiversität an der ETH Zürich. Neben ihrem Interesse für den asiatischen Kontinent beschäftigen sie Fragen einer „Just Transition“ und deren Umsetzung. Sie hat Internationale Beziehungen mit Schwerpunkt internationale Politik und Recht studiert und ein Auslandssemester in Tokio absolviert. Ihren Master schloss sie in „Innovation, Public Policy and Public Value“ am University College London (UCL) ab. Berufliche Stationen führten sie zu verschiedenen NGOs – unter anderem zu einem Krankenhaus in Laos und zu Wasser für Wasser (WfW) – sowie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an ein Forschungsprojekt zu „Green Economies“ an der UCL. Ausserdem absolvierte Elisa zwei Praktika im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), eines in der Abteilung Asien und Pazifik und eines an der Schweizer Botschaft in Warschau.

Selina Hänni beschäftigt sich mit der Schnittstelle zwischen Schweizer und internationaler Politik. Die gebürtige Solothurnerin hat an der Universität Bern Sozialwissenschaften mit den Schwerpunkten Politikwissenschaft und Betriebswirtschaft studiert und anschliessend ein Masterstudium in European Global Studies mit Schwerpunkt Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Basel absolviert. Erste Erfahrungen mit internationalen Angelegenheiten sammelte sie bei SwissCore in Brüssel, dem informellen Verbindungsbüro des Schweizerischen Nationalfonds zur EU. Heute arbeitet sie im Swiss Public Affairs Team des World Economic Forum in Genf, wo sie internationale Themen mit Schweizer Prioritäten verbindet. Ihr besonderes Interesse gilt den politischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa sowie der chinesischen Aussenpolitik.

Inhaltsverzeichnis

Danksagung

Die Autorinnen danken den Mitgliedern des Review Boards, namentlich Cécile Rivière und Oskar Jönsson, sowie dem externen Reviewer Prof. Ralph Weber für ihre kompetente, bereichernde und zeitnahe Unterstützung. Darüber hinaus gilt ihr Dank allen weiteren Personen, die mit wertvollen Hinweisen und fachlicher Beratung zum Manuskript beigetragen haben.

Einsatz von Künstlicher Intelligenz

Dieser Text wurde mit KI-Unterstützung erstellt und von Elisa Cadelli und Selina Hänni geprüft.

Executive Summary	2
1. Einleitung	5
2. Geopolitischer und wirtschaftlicher Kontext	7
2.1 Entwicklungen innerhalb Chinas	7
2.2 Rivalität zwischen den USA und China	9
2.3 Die EU-Sicht auf China: zwischen „strategischem Partner“ und „systemischem Rivalen“	10
2.4 Die Schweiz und China: eine „besondere Beziehung“ im Wandel?	13
3. Rolle und Grenzen von Freihandelsabkommen	15
3.1 Was Freihandelsabkommen leisten – und was nicht	15
3.2 Das FHA Schweiz–China im bilateralen Kontext	17
4. Kernaspekte und Interessen in der Revision	19
4.1 Inhaltliche Schwerpunkte der geplanten Revision	19
4.2 Die Schweiz: Interessen, Zielkonflikte und strategische Positionierung	20
4.2.1 Wirtschaftliche Chancen	20
4.2.2 Geopolitische Resilienz und Abhängigkeiten	21
4.2.3 Navigieren oder europäisch verankern? Eine falsche Dichotomie	22
4.2.4 Normativität mit Augenmass	23
4.3 China: strategische Interessen und Opportunitäten	24
5. Handlungsempfehlungen für eine tragfähige Revision des FHA Schweiz–China	26
5.1 Wirtschaftliche Tragfähigkeit	27
5.2 Resilienz und Sicherheit	28
5.3 Wertebasierung mit Augenmass	30
6. Fazit	33
Literaturverzeichnis	35

Executive Summary

Die angestrebte Revision des Freihandelsabkommens (nachfolgend FHA) zwischen der Schweiz und China erfolgt in einem Umfeld fundamentaler geopolitischer und geoökonomischer Veränderungen. Seit dem Inkrafttreten des FHA 2014 haben sich nicht nur die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern auch die sicherheitspolitische Lage und die gesellschaftliche Debatte über den Handel mit Staaten, deren politische Ordnung sich deutlich von der schweizerischen unterscheidet, verstärkt. Die Volksrepublik China (nachfolgend China) hat seine Rolle als führende Handels- und Technologiemacht ausgebaut, verfolgt innenpolitisch einen noch stärkeren autoritären Kurs und setzt aussenpolitisch, falls notwendig, auch seine wirtschaftliche Macht ein. Parallel dazu verschärfen sich die Rivalitäten zwischen China und den USA, während die EU ihre Handelspolitik ebenfalls geostrategisch neu ausrichtet.

Für die Schweiz als mittelgrosse, hoch globalisierte Volkswirtschaft mit ausgeprägter Exportorientierung ist die Nachverhandlung des FHA eine strategische Weichenstellung. Ökonomisch bietet das Abkommen Chancen: vertiefter Marktzugang in einem zentralen Wachstumsmarkt, verbesserte Rechtssicherheit für Unternehmen, Modernisierung der Regeln zu Dienstleistungen, Investitionen, E-Commerce und geistigem Eigentum. Gleichzeitig birgt eine vertiefte wirtschaftliche Verflechtung mit China geo- und sicherheitspolitische Risiken: wachsende Abhängigkeiten, Spannungen in den Beziehungen zur EU und zu den USA sowie Zielkonflikte mit menschenrechtlichen, arbeitsrechtlichen und ökologischen Standards.

Dieser Policy Brief verfolgt vier Ziele: Erstens rekonstruiert er den geopolitischen und wirtschaftlichen Kontext der FHA-Revision und zeigt auf, wie sich Chinas Innen- und Aussenpolitik seit 2013 verändert haben. Zweitens analysiert er die Rolle und die Grenzen von Freihandelsabkommen im Allgemeinen und des FHA Schweiz–China im Besonderen. Drittens beleuchtet er die Interessen und möglichen Zielkonflikte der Schweiz und Chinas. Viertens entwickelt der Brief konkrete Handlungsempfehlungen für Entscheidungsträger:innen in Bundesrat, Parlament und Verwaltung.

Zentral ist dabei eine strategische Positionierung, die weder in eine naive „China-Euphorie“ noch in eine pauschale Dämonisierung verfällt. Die Schweiz wird sich aufgrund ihrer Geographie, historischen Entwicklung, ihrer engen wirtschaftlichen Verflechtung mit Europa sowie der weitgehenden Übereinstimmung in rechtsstaatlichen und demokratischen Grundwerten auch künftig primär europäisch verankern. Gleichzeitig könnte sie innerhalb dieser europäischen Verankerung Handlungsspielräume nutzen, um Chancen im zunehmend bedeutsamen chinesischen Markt wahrzunehmen, ohne strategische Abhängigkeiten oder politische Verwundbarkeiten zu verstärken. Die Revision des FHA ist damit mehr als eine technische Anpassung: Sie ist ein Testfall dafür, ob die Schweiz in einer zunehmend multipolaren Welt eine kohärente, wertebewusste und zugleich realistische Aussenwirtschaftspolitik betreiben kann.

Ausgehend von dieser Analyse versteht der Policy Brief die Revision des Freihandelsabkommens als strategischen politischen Gesamtprozess, der konsequent entlang dreier Leitlinien gestaltet werden sollte: Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und Wertekohärenz. Erstens gilt es, die wirtschaftliche Tragfähigkeit zu stärken, indem qualitative Wettbewerbsfähigkeit, gezielter Marktzugang für innovations- und produktivitätsstarke Sektoren sowie regulatorische Anschlussfähigkeit an die EU systematisch ins Zentrum rücken. Zweitens muss Resilienz institutionell verankert werden, indem das FHA in eine strukturierte De-Risking-Strategie eingebettet, kritische Abhängigkeiten evidenzbasiert analysiert und Notfallmechanismen bei wirtschaftlichem Druck klar definiert werden. Drittens ist eine realistische, verfassungsrechtlich verankerte Wertebasis

sicherzustellen. Die Schweiz sollte klare Standards im Arbeits-, Umwelt- und Konsument:innenschutz absichern, ohne unrealistische Transformationsansprüche zu formulieren. Dies umfasst insbesondere ein sichtbares Nachhaltigkeits- und Arbeitsrechtskapitel mit Bezug auf ILO-Übereinkommen und das Pariser Klimaabkommen, stärkere Produkt- und Qualitätsstandards – insbesondere im Onlinehandel – sowie konkrete Umsetzungs- und Monitoringinstrumente.

Voraussetzung für die kohärente Umsetzung aller drei Leitlinien ist zudem der systematische Ausbau institutionalisierter China-Kompetenz in Verwaltung, Politik und Wirtschaft. Nur auf der Grundlage fundierter Länderexpertise, koordinierter Informationsflüsse und strategischer Vorausschau lassen sich wirtschaftliche Chancen nutzen, Risiken realistisch bewerten und wertepolitische Zielkonflikte konsistent bearbeiten. Ergänzend sollte der Rahmen auf strukturierte Dialogformate und Kooperationsmechanismen setzen, die gegenseitiges Lernen und den Austausch bewährter Praktiken ermöglichen.

1. Einleitung

Die Schweiz gilt gemäss KOF-Globalisierungsindex als das am stärksten globalisierte Land der Welt. Als mittelgrosse, stark exportorientierte Volkswirtschaft ist sie auf offene Märkte und verlässliche internationale Regeln angewiesen (KOF Swiss Economic Institute, 2024). Trotz breiter Handelsdiversifizierung bleibt die Europäische Union mit rund 59 Prozent die wichtigste Handelspartnerin der Schweiz, gefolgt von den USA (13 Prozent) und China mit etwa sieben Prozent und einem Handelsvolumen von 59 Milliarden CHF (Stand 2023; SECO, 2023a). Wichtig zur Einordnung: Ein erheblicher Teil dieses Handelsvolumens entfällt auf den Goldhandel und andere Edelmetalle, die separat in der Aussenhandelsstatistik behandelt werden müssen, da sie die realwirtschaftliche Verflechtung verzerren können (Swissinfo.ch, 24. September 2024). Im Jahr 2025 feierten die Schweiz und China 75 Jahre bilaterale Beziehungen. 1950 war die Schweiz eines der ersten westeuropäischen Länder, das die 1949 gegründete Volksrepublik China anerkannte – trotz der ausgeprägten antikommunistischen Stimmung im Inland (Knüsel & Weber, 2024). Dabei spielten handelspolitische Überlegungen von Beginn an eine wichtige Rolle. Im Jahr 2013 war die Schweiz das erste kontinentaleuropäische Land, das ein Freihandelsabkommen mit China unterzeichnete. Dieses trat 2014 in Kraft. Gleichzeitig nahmen die Schweizer Exporte nach China um 74% zu (Swissinfo.ch, 24. September 2024).

Heute steht die Revision des FHA an, die im offiziellen Wortlaut des SECO als „Optimierung“ bezeichnet wird (SECO, 2024b). Dies geschieht vor dem Hintergrund einer sich seit 2013 grundlegend veränderten Welt. Innenpolitisch hat China unter Xi Jinping bereits bestehende zentralisierte und autoritäre Strukturen weiter verstärkt. Dabei kam es zu einer zunehmenden Konzentration zentraler Macht- und Entscheidungsfunktionen in der Person Xi Jinpings. Die Menschenrechtslage bleibt sehr kritisch, die arbeitsrechtlichen Bedingungen und die Umweltpolitik sind umstritten. Aussenpolitisch verfolgt China eine aktive, zunehmend konfrontative Strategie: im

Südchinesischen Meer und gegenüber Taiwan sowie durch seine strategische „Freundschaft ohne Grenzen“ mit Russland. Parallel dazu hat sich der amerikanisch-chinesische Handelskonflikt verschärft. Die USA betreiben De-Risking- und teilweise Decoupling-Strategien. Auch die EU verknüpft ihre Handelspolitik zunehmend mit geostrategischen Interessen. Unter Decoupling wird die gezielte wirtschaftliche Entflechtung zweier Volkswirtschaften – etwa durch Abbau von Handels-, Investitions- oder Technologieverflechtungen – verstanden, während De-Risking nicht auf Trennung, sondern auf die Reduktion einseitiger Abhängigkeiten und strategischer Verwundbarkeiten bei grundsätzlich fortbestehender wirtschaftlicher Verflechtung abzielt.

Auch für die Schweiz haben sich die Rahmenbedingungen in einer zunehmend multipolaren Welt (Bunde et al., 2025) verändert. Protektionistische Tendenzen, instabile Lieferketten und geopolitische Spannungen erhöhen den Druck, Abhängigkeiten zu analysieren und Resilienz zu stärken. Gleichzeitig rückt China – insbesondere vor dem Hintergrund belasteter Beziehungen zu den USA und unklarer Beziehungen zur EU – als alternative Partnerin verstärkt in den Fokus (Gersbach, 2026). Die anhaltende Skepsis gegenüber China in der Schweizer Öffentlichkeit speist sich aus menschenrechtlichen, nachhaltigkeitsbezogenen und sicherheitspolitischen Bedenken. Die Debatte um eine mögliche Volksabstimmung zur Revision des Freihandelsabkommens unterstreicht, dass dieses nicht mehr als ein rein technokratisches Nischenthema behandelt werden kann.

Vor diesem Hintergrund stellen sich die folgenden Fragen:

- Welche Bedeutung hat die Revision des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und China im aktuellen geopolitischen und wirtschaftlichen Kontext?
- Wie haben sich die Rahmenbedingungen im Austausch mit China seit 2013 verändert?
- Welche Rolle kann ein FHA spielen – und wo liegen seine Grenzen?
- Welche Interessen verfolgen die Schweiz und China jeweils, und wie lassen sich wirtschaftliche Chancen mit einer wertebasierten, geopolitisch reflektierten Aussenwirtschaftspolitik verbinden?

Diese Fragen leiten die folgenden Kapitel und bilden die Grundlage für die anschliessend formulierten Handlungsempfehlungen.

2. Geopolitischer und wirtschaftlicher Kontext

2.1 Entwicklungen innerhalb Chinas

Nach einer ersten Phase der wirtschaftlichen Öffnung unter Deng Xiaoping ab 1978 hat sich China unter dem aktuellen Generalsekretär der Chinesischen Kommunistischen Partei, Xi Jinping, erneut stark zentralisiert und zu einem vermehrt autoritären Staat entwickelt. Die Kommunistische Partei kontrolliert zunehmend (soziale) Medien, Zivilgesellschaft und weite Teile der Wirtschaft; individuelle Freiheiten werden systematisch eingeschränkt. Menschenrechtsverletzungen sind gut dokumentiert – etwa gegenüber muslimischen Uigur:innen in Xinjiang oder gegenüber „Dissident:innen“ (wie Menschenrechtsverteidiger:innen oder Aktivist:innen) (United Nations, 2025; Feng E., 2025).

Wirtschaftlich verfolgt China seit Mitte der 2010er Jahre verstärkt den Übergang zu einem innovations- und technologiegetriebenen Wachstumsmodell. Strategische Programme wie Made in China 2025 sowie die 2020 eingeführte Dual Circulation (Strategie der „zwei Kreisläufe“) zielen darauf ab, technologische Eigenständigkeit zu stärken, Abhängigkeiten in Schlüsselindustrien zu reduzieren und zugleich den Binnenmarkt als Wachstumsmotor auszubauen (State Council of the People's Republic of China, 2015; Zhang, 2021). In Bereichen wie 5G-Infrastruktur, Elektromobilität und digitalen Zahlungssystemen hat China substantielle Marktpositionen aufgebaut; in anderen strategischen Sektoren, etwa bei fortgeschrittenen Halbleitern, werden staatliche Förderinstrumente gezielt eingesetzt, um technologische Kapazitäten auszubauen (Kennedy, 2020; Rühlig, 2023).

Parallel dazu wurde der regulatorische Rahmen im Bereich Daten, Cybersicherheit und nationaler Sicherheit deutlich weiterentwickelt. Mit dem Cybersecurity Law (2017), dem National Intelligence Law (2017), dem Data Security Law (2021) sowie dem Personal Information Protection Law (2021) hat China ein umfassendes System zur Regulierung von Datenflüssen, Informationssicherheit und unternehmerischer Kooperation mit staatlichen Stellen etabliert (Creemers, 2017; Webster et al., 2021). Diese Normen sehen unter anderem Anforderungen an Datenlokalisierung, Sicherheitsprüfungen und staatliche Zugriffsmöglichkeiten vor. Ihre Anwendbarkeit kann – je nach Ausgestaltung der Geschäftstätigkeit – auch ausländische Unternehmen betreffen, insbesondere wenn Daten chinesischer Staatsangehöriger verarbeitet oder als sicherheitsrelevant eingestufte Informationen transferiert werden.

In der Praxis berichten internationale Wirtschaftsverbände von erhöhten Compliance-Anforderungen, zusätzlichen Prüfverfahren und einer insgesamt gestiegenen regulatorischen Komplexität (US-China Business Council, 2023). Zudem haben Anpassungen im Anti-Espionage-Recht sowie verstärkte behördliche Ermittlungen in einzelnen Fällen zu erhöhter Aufmerksamkeit bei international tätigen Unternehmen geführt (MERICS, 2023). Gleichzeitig wird in der Literatur auf eine stärkere institutionelle Einbindung von Parteistrukturen in Unternehmensorganisationen hingewiesen, insbesondere in strategisch relevanten Sektoren (Pearson et al., 2021).

Insgesamt lässt sich eine stärkere sicherheits- und technologiepolitische Rahmensetzung der Wirtschaft beobachten, die sowohl inländische als auch ausländische Marktakteure in veränderter Weise betrifft.

Mit Blick auf das Bruttoinlandsprodukt könnte China Prognosen zufolge Mitte der 2040er Jahre oder spätestens bis 2050 zur grössten Volkswirtschaft der Welt aufsteigen, gemessen am Anteil zum globalen Bruttoinlandsprodukt (PwC, 2017). Neben seiner hohen technologischen Dynamik ist China aufgrund der schieren Grösse seines Marktes wirtschaftlich kaum noch zu ignorieren. Dabei beruht das chinesische Innovationsmodell weniger primär auf radikalen technologischen Durchbrüchen als auf staatlich koordinierter Industriepolitik, rascher Kommerzialisierung und der Skalierung bestehender Technologien. Im Halbleiterbereich etwa konzentriert

sich China auf den Ausbau etablierter Produktionsknoten, um strategische Abhängigkeiten zu verringern und durch Skaleneffekte Wettbewerbsfähigkeit zu erzielen (Miller, 2022; Rhodium Group, 2023).

Aussenpolitisch setzt China wirtschaftliche Instrumente zunehmend gezielt ein, um Druck auf andere Staaten auszuüben und eigene Interessen durchzusetzen (sogenannte „economic coercion“) (Council on Foreign Relations, 2024). Prominente Beispiele sind Handelsrestriktionen gegenüber Australien in den Jahren 2020–2022. Im Fall Taiwans geht die Strategie jedoch darüber hinaus: Neben selektiven wirtschaftlichen Massnahmen kombiniert Peking wirtschaftlichen Druck mit militärischer Abschreckung, Cyberoperationen und Desinformationskampagnen, um die internationale Handlungsspielräume der Insel zu begrenzen (The Economist, 2025). Gleichzeitig verfolgt die chinesische Führung im Südchinesischen Meer expansive Gebietsansprüche (9-Dash Line) und baut ihre militärische Präsenz aus. In Tibet, Xinjiang und Hongkong setzt die Zentralregierung auf eine Politik der strikten Kontrolle, schränkt Autonomierechte erheblich ein und bekämpft Dissens als „Separatismus“ (Brookings Institution, 2025). Im Verhältnis zu Russland hat sich China kurz vor Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine demonstrativ zur „Freundschaft ohne Grenzen“ bekannt, an dieser Position wurde seither festgehalten (Schmid, 2025). Diese unterstreicht Chinas Bereitschaft, bestehende Machtverhältnisse in der internationalen Ordnung herauszufordern, ohne sich offen gegen westliche Sanktionen zu stellen, und dabei zugleich ein chinesisch geprägtes System aufzubauen (Feng Y., 2020).

2.2 Rivalität zwischen den USA und China

Seit dem wirtschaftlichem und militärischem Aufstieg Chinas zur Grossmacht ist das Verhältnis zu den USA von einer zunehmend offen ausgetragenen strategischen Rivalität geprägt. Spätestens seit der ersten Trump-Administration und der Einführung von Strafzöllen hat sich ein offener Handelskonflikt entwickelt, auch aus dem US-amerikanischen Versuch, China wirtschaftlich einzudämmen („containment“).

Seither verfolgen die USA einen De-Risking- bis Decoupling-Ansatz: Sie erheben Zölle auf chinesische Importe, beschränken chinesische Investitionen in den USA (Inbound-FDI), und prüfen amerikanische Investitionen nach China (Outbound-FDI), da sie einen Technologietransfer befürchten. Zudem ergreifen sie Massnahmen, um kritische Lieferketten zurück in die USA („reshoring“) oder in befreundete Staaten („friendshoring“) zu verlagern. Das Ziel besteht darin, die Abhängigkeit von China zu reduzieren und die eigene technologische Führungsrolle zu verteidigen – notfalls auch durch eine komplette Trennung. Die jüngste Eskalation mit weiteren Zöllen in 2025 markiert einen vorläufigen Höhepunkt dieser Rivalität, die sich über den Handelskonflikt hinaus schon lange auf militärische Fragen und die Stellung des US-Dollars als Leitwährung ausweitet (Zeynalova, 2025; Gateway House, 2020; Chan & Yang, 2022).

2.3 Die EU-Sicht auf China: zwischen „strategischem Partner“ und „systemischem Rivalen“

Auch die Europäische Union versteht China inzwischen gleichzeitig als Partnerin, Wettbewerberin und systemische Rivalin, was auf eine zunehmende geostrategische Neubewertung der Beziehungen hindeutet (Weber, 2024). Während die EU lange Zeit primär eine liberal ausgerichtete Handelspolitik gegenüber China verfolgte, rücken heute geostrategische Überlegungen und der Schutz einer „offener strategischer Autonomie“ in den Vordergrund (Garcia & Costea, 2024; Meunier & Nicolaïdis, 2022). Dies geschieht teils aus eigener wachsender Besorgnis über Wettbewerb, Technologien und Abhängigkeiten, teils im Kontext des geopolitischen Drucks und der sicherheitspolitischen Dynamiken, die auch von den USA ausgehen. Mit dem Comprehensive Agreement on Investment (CAI) verfolgten die EU und China das Ziel, für europäische Investoren ähnliche Wettbewerbsbedingungen wie für lokale Investoren zu schaffen. Dazu sollte China unter anderem mehr Marktzugang gewähren,

Transparenzanforderungen für staatseigenen Unternehmen und Subventionen akzeptieren, sowie zu Verpflichtungen in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Arbeitsstandards und Klimaschutz eingehen. Das CAI wurde Ende 2020 politisch vereinbart. Im März 2021 wurde der formale Ratifizierungsprozess des ursprünglichen CAI in der EU aber blockiert, weil die EU im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang Sanktionen gegen chinesische Funktionsträger verhängte. China reagierte mit Gegensanktionen, u.a. gegen Mitglieder des Europäischen Parlaments, nationale Parlamentarier:innen, Wissenschaftler:innen sowie europäische Institutionen. Seither ist das Abkommen faktisch politisch eingefroren und bis dato gibt es keine offizielle Ratifizierung oder ein formelles Inkrafttreten des Abkommens (Stand: Frühjahr 2026, Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus).

Der Derisking-Ansatz der EU zielt darauf ab, kritische Abhängigkeiten zu verringern, um trotz Risiken die wirtschaftlichen Beziehungen mit China aufrechtzuerhalten und zu vertiefen (Swissinfo.ch, 6. Februar 2024). Zu den Instrumenten zählen unter anderem: das Anti-Coercion Instrument (ACI) (siehe Infobox), der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM), dessen Ziel es ist, CO₂-Verlagerung („Carbon Leakage“) zu verhindern. Oder verstärkte Subventions- und Wettbewerbsverfahren gegen chinesische Unternehmen, etwa im Bereich Solarindustrie, Elektrofahrzeuge oder kritische Rohstoffe.

Anti-Coercion Instrument (ACI)

(European Parliamentary Research Service, 2024)

Mit dem ACI verfolgt die EU das Ziel, in einem geopolitisch zunehmend unsicheren Umfeld die Möglichkeit zu schaffen, auf wirtschaftliche Erpressung reagieren zu können und dabei die europäische Autonomie zu wahren (European Commission, 2023). So soll es Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichem Zwang schützen, der darauf abzielt, sie zu einer

Änderung ihrer aussen- oder sicherheitspolitischen Positionen zu bewegen. Ein prominentes Beispiel ist Litauen: Nachdem in Vilnius 2021 ein mit dem Ausdruck "Taiwan" bezeichnetes Verbindungsbüro eröffnet wurde, reagierte China mit ökonomischen Sanktionen (European Commission, 2023; Freudlsperger & Meunier, 2024). ACI basiert auf dem Gedanken einer gemeinsamen europäischen Reaktion, wenn ein Mitgliedstaat zur Zielscheibe von Drittstaaten wird – insbesondere um eine Abschreckungswirkung zu entfalten und rasch und glaubwürdig reagieren zu können, ohne sich auf langwierige WTO-Streitverfahren verlassen zu müssen. Das Instrument plädiert vorerst für Dialog und Deeskalation. Sollten die Verhandlungen mit dem Drittland scheitern, kann die EU jedoch eine breite Palette an Gegenmassnahmen ergreifen, darunter:

- Einfuhrzölle und Handelsbeschränkungen gegen das Drittland
- Einschränkungen beim Zugang zu öffentlichen Aufträgen in der EU
- Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen, die für die Zwangsmassnahmen verantwortlich sind
- Massnahmen im Bereich von Investitionen und Finanzierung

Dieses Verfahren erlaubt die Umgehung der traditionellen Einstimmigkeit der EU in Aussen- und Sicherheitspolitik: Wird ein Drittland von einer qualifizierten Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten als Übeltäter identifiziert, einigen sich Kommission, Mitgliedstaaten und Parlament auf geeignete Gegenmassnahmen. Dieser Ansatz zielt auf die Bündelung der kollektiven Handlungsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten ab. Drittstaaten wie die Schweiz sind nicht institutionell eingebunden, könnten EU-Massnahmen jedoch politisch flankieren oder sich ihnen faktisch anschliessen.

Trotz dieser geoökonomischen Signale bleibt die EU auf stabile wirtschaftliche Beziehungen zu China angewiesen, gerade angesichts der grundlegenden Unsicherheit in der transatlantischen Allianz seit der zweiten Trump-Administration. Auch wenn China vor dem Hintergrund der konfrontativen Politik der USA derzeit in einem vergleichsweise günstigeren Licht erscheint, bestehen die grundlegenden Vorbehalte gegenüber Peking weiterhin fort.

2.4 Die Schweiz und China: eine „besondere Beziehung“ im Wandel?

Die Schweiz und China betonen gerne ihre „besonderen Beziehungen“, welche 2025 ihr 75-jähriges Bestehen markierten. Die frühe Anerkennung der Volksrepublik 1950 war Ausdruck einer pragmatisch geprägten Schweizer Aussenpolitik. Sie folgten der völkerrechtlichen Praxis der Schweiz, Staaten und nicht Regierungen anzuerkennen, und war zugleich von wirtschaftlichen Interessen geleitet, darunter dem Schutz verbliebener Schweizer Missionare und Unternehmer (Knüsel & Weber, 2024).

Das FHA, unterzeichnet 2013 und 2014 in Kraft getreten, knüpfte an diese Tradition an. Die Schweiz positionierte sich als erstes kontinentaleuropäisches Land mit einem bilateralen Freihandelsabkommen mit China – ein Schritt mit politischer Signalwirkung für Peking (Knüsel & Weber, 2024). Ein Grund dafür ist auch die unterschiedliche institutionelle Ausgangslage: Während die Schweiz als Einzelstaat bilateral relativ flexibel agieren kann, musste die EU damals heute ihre handelspolitischen Positionen unter 27 Mitgliedstaaten abstimmen und Abkommen entsprechend breiter und komplexer verhandeln.

Auch andere europäische Staaten prüften vergleichbare Schritte. Norwegen etwa zeigte früh Interesse an einer vertieften wirtschaftlichen Kooperation mit China; die diplomatischen Spannungen nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an Liu Xiaobo im Jahr 2010 führten jedoch zu einer mehrjährigen politischen Eiszeit zwischen Norwegen und China und verzögerten entsprechende Fortschritte erheblich (Sverdrup-Thygeson, 2017).

In den letzten Jahren hat die Skepsis gegenüber China in der Schweizer Bevölkerung und im Parlament deutlich zugenommen. Das Parlament drängte den Bundesrat dazu, mit einer China-Strategie für 2021–2024 seine Politik gegenüber China zu formalisieren. Vor diesem Hintergrund verabschiedeten National- und Ständerat 2024 ein Investitionsprüfgesetz – in der öffentlichen Debatte häufig als „Lex China“ bezeichnet –, das die Übernahme sicherheitsrelevanter Schweizer Unternehmen durch ausländische, insbesondere staatsnahe Investoren einer staatlichen Kontrolle unterstellt (Fedlex, 2024).

Im Vergleich zur EU blieb die Schweiz in ihrer handelspolitischen Praxis jedoch zurückhaltender. Sie beteiligte sich nicht an einseitigen Sanktionen gegenüber China und vermied eine offene geopolitische Konfrontation. Der Diskurs zu wirtschaftlichen, menschenrechtlichen und umweltbezogenen Aspekten ähnelt zwar in Teilen den europäischen Debatten, doch eine systematische Diskussion über De-Risking und strategische Verwundbarkeit hat in der Schweiz bisher kaum stattgefunden (China Macro Group, 2024).

Mit der beabsichtigten Revision des Freihandelsabkommens von 2014 steht die Schweiz vor einer Neupositionierung ihrer Chinapolitik. Während sie sich traditionell als Teil Europas versteht, ohne der EU anzugehören, präsentiert sich China unter Xi Jinping rhetorisch zunehmend als Verfechter eines liberalisierten Welthandels – vor dem Hintergrund wachsender Sorgen beider Seiten über Protektionismus und einen von den USA geprägten Handelskonflikt (Lateigne 2019). Professor Ralph Weber von der Universität Basel beschreibt das Verhandlungsverhältnis zwischen der Schweiz und China als strukturell asymmetrisch: Aus wirtschaftlicher Perspektive sei die Schweiz als kleinere Volkswirtschaft in stärkerem Masse auf Zollerleichterungen angewiesen und nehme damit eher die Rolle einer „Bittstellerin“ ein. Für China hingegen besitze ein erneuertes Freihandelsabkommen vor allem politischen und symbolischen Wert, da Peking damit signalisieren könne, dass wirtschaftliche Kooperation insbesondere dann möglich sei, wenn politische Zurückhaltung gewahrt bleibe (NZZ, 2024). Dieser symbolische Mehrwert ist jedoch nicht statisch. Mit der erneuten Zuspitzung der US-chinesischen Handelskonflikte unter der zweiten Trump-Administration könnte sich Pekings strategische Kalkulation verändern. Inwiefern ein revidiertes FHA mit der Schweiz unter diesen Bedingungen denselben politischen Stellenwert behält, bleibt offen.

Umgekehrt wird vonseiten einzelner zivilgesellschaftlicher und parlamentarischer Akteure die Erwartung formuliert, das Freihandelsabkommen als Hebel zu nutzen, um China zu weitergehenden Verpflichtungen im Bereich Umwelt-, Menschen- und Arbeitsrechte zu bewegen (vgl. Parlamentarische Vorstösse zur China-Strategie parlament.ch, 2025; Amnesty.ch, 2025). Das Abkommen bietet auch ökonomische Chancen, insbesondere durch Zollreduktionen und verbesserten Marktzugang für exportorientierte Schweizer Branchen (SECO, 2020). Gleichzeitig hängt ihre tatsächliche Wirkung nicht allein vom vertraglichen Rahmen ab, sondern auch davon, ob Unternehmen die daraus entstehenden Handlungsspielräume aktiv und verantwortungsvoll nutzen.

3. Rolle und Grenzen von Freihandelsabkommen

3.1 Was Freihandelsabkommen leisten – und was nicht

Freihandelsabkommen sind ein zentrales Instrument zur Liberalisierung des internationalen Handels. Sie senken Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse, verbessern den Marktzugang, erhöhen die Planungssicherheit und können die Wettbewerbsfähigkeit exportorientierter Branchen stärken (WTO, 2023). Während sich frühere Abkommen vor allem auf Warenhandel konzentrierten, umfassen moderne FHA auch Dienstleistungen, Investitionen, geistiges Eigentum, öffentliche Aufträge sowie – zumindest in Ansätzen – Umwelts- und Menschenrechtsschutz (Rodrik, 2018).

Die anhaltende politische Blockade der WTO untergräbt ihre Handlungsfähigkeit als multilaterales Forum zunehmend, weshalb Staaten vermehrt auf regionale Handelsabkommen und bilaterale oder plurilaterale FHA ausweichen. Diese dienen als Labor für neue Regeln, etwa im digitalen Handel oder im Investitionsschutz (Hoekman & Sabel, 2021). Gleichzeitig erhöht die Proliferation von FHA die Fragmentierung des Welthandels und erschwert die Koordination globaler Normen.

Fehlen FHA, gelten WTO-Regeln. Diese garantieren zwar das Prinzip der Nichtdiskriminierung (nach welchem Vorteile für ein WTO-Mitglied grundsätzlich allen anderen WTO-Mitgliedern gleichermassen eingeräumt werden müssen), sie bieten aber nicht im selben Umfang Zollpräferenzen und führen daher zu höheren administrativen Kosten und Unsicherheiten – gerade für KMU (OECD, 2019). Besonders betroffen sind exportorientierte Branchen wie Maschinenbau, Chemie oder Landwirtschaft, in denen kleine Handelshemmnisse eine grosse Wirkung auf Margen und Standortentscheidungen haben können (Felbermayr et al., 2020).

Denn ökonomisch können FHA beachtliche Effekte entfalten: Sie fördern Spezialisierung entlang komparativer Vorteile, generieren Effizienzgewinne und können Produktivität und Wachstum steigern (Baldwin, 2016). Unter bestimmten Voraussetzungen wirken sie als Katalysatoren für Reformen im Partnerland, etwa durch Vorgaben zu Transparenz, Schutz geistigen Eigentums oder technischen Standards (Dür et al., 2014). Das EFTA–Indonesien-Abkommen mit seinem Nachhaltigkeitskapitel wird häufig als Beispiel für eine solche Kopplung von Handel und Umweltpolitik genannt (Syarip, 2020). Auch das FHA zwischen der EU und Südkorea führte nach einem formellen Verfahren der EU zur Ratifizierung mehrerer zentraler Übereinkommen der International Labour Organization durch Südkorea. Auch im Abkommen zwischen der EU und Vietnam verpflichtete sich Vietnam zu arbeitsrechtlichen Reformen und zur Annäherung an ILO-Kernnormen. In beiden Fällen sind zumindest rechtliche Anpassungen erfolgt, auch wenn deren Umsetzung weiter beobachtet wird.

Gleichzeitig zeigen Studien zu Menschenrechts- und Nachhaltigkeitsklauseln in Handelsabkommen, dass deren Wirkung kontextabhängig ist und nicht automatisch zu normativer Konvergenz führen (Postnikov & Bastiaens 2014) oder mitunter gar kontraproduktiv wirken können. Werden Handelsabkommen primär als Instrumente der Werteprojektion ausgestaltet, können sie als Eingriff in Souveränität oder als asymmetrischer Normexport wahrgenommen werden (Diez, 2013; Johnston, 2008). In Verhandlungen mit aufstrebenden Volkswirtschaften werden solche Klauseln teils als einseitige Konditionalität oder als verkappter Protektionismus interpretiert (Young 2015). Die langwierige Blockade in den EU–Indien-Verhandlungen illustriert diese normativen Divergenzen (siehe Euronews, 2025). Kapitel zu Arbeits-, und Menschenrechten und Umweltstandards oder bleiben ohne Sanktionsmechanismen oder unabhängiges Monitoring häufig symbolisch (Lechner, 2022). Solche Klauseln werden zwar gelegentlich aufgenommen, doch fehlt es meistens an rechtlicher Verbindlichkeit und Durchsetzung (Bernaz, 2021). Gerade in autoritären Kontexten ist der Hebel eines FHA begrenzt, solange die politische Führung keine Reformbereitschaft zeigt.

Innerstaatlich wirken FHA nicht neutral: Profitieren tun vor allem gut vernetzte, exportorientierte Unternehmen, während strukturschwache Regionen, informelle Sektoren und vulnerable Gruppen häufig marginalisiert bleiben (Rodrik, 2018; Lang & Scott, 2021). Der Goldhandel ist oft ausgespart, da er über Finanzmärkte läuft (World Gold Council, 2023), und die Landwirtschaft bleibt – gerade in der Schweiz – durch Zölle, Subventionen und Ausnahmen geschützt (SECO, 2022; WTO, 2023). Ohne flankierende Sozial- und Strukturpolitik können FHA bestehende Ungleichheiten sogar vertiefen.

Kurz gesagt: Freihandelsabkommen eröffnen wirtschaftliche Chancen, sind aber keine Allzweckinstrumente zur Lösung menschenrechtlicher, ökologischer oder geopolitischer Probleme. Ihre Wirkung hängt ausserdem stark vom institutionellen Design, der politischen Umsetzung und den innenpolitischen Rahmenbedingungen ab.

3.2 Das FHA Schweiz–China im bilateralen Kontext

Das FHA Schweiz–China gilt als wirtschaftlich erfolgreich. Seit dem Inkrafttreten verzeichneten die Schweizer Exporte nach China einen Anstieg von 74 %, wobei der kausale Effekt des Abkommens quantitativ nur begrenzt isoliert werden kann. Profitiert haben Branchen wie Maschinenbau, Uhrenindustrie, Medizintechnik und Lebensmittelverarbeitung (Swissinfo.ch, 24. September 2024; economiesuisse, 2024; Universität St. Gallen, 2024). Eine Analyse des SECO (2023) zeigt, dass ein Nachfragerückgang in China die Schweizer Konjunktur nicht nur direkt über den bilateralen Handel trifft, sondern auch indirekt über stark mit China verflochtene Handelspartner wie die USA, die EU oder Japan. Auch im Dienstleistungshandel besteht eine substanzielle Verflechtung: 2022 exportierte die Schweiz Dienstleistungen im Wert von 5,4 Milliarden Franken nach China – insbesondere Transportdienstleistungen (26 %), Lizenzgebühren (20 %), Telekommunikations-, Computer- und Informationsdienste (13 %)

sowie Tourismus (9 %). Als eine der grössten Volkswirtschaften der Welt würde ein ausgeprägter Abschwung Chinas globale Spillover-Effekte auslösen und damit auch die Schweiz treffen – direkt wie indirekt, wenn auch insgesamt begrenzt.

Politisch ist das Abkommen hingegen stärker umstritten. Es enthält kaum verbindliche Bestimmungen zu Menschenrechten, Arbeitsnormen oder Umweltstandards – ein Punkt, der 2013 wenig Aufmerksamkeit erhielt, heute aber im Zentrum der Kritik steht. Menschenrechtsorganisationen und Teile der Zivilgesellschaft fordern eine substanzielle Modernisierung des FHA im Sinne einer wertebasierten Aussenwirtschaftspolitik (Humanrights.ch, 2024; SECO, 2024a).

Zugleich ist das FHA Teil einer breiteren Strategie Chinas, Freihandelsabkommen nicht nur als wirtschaftliche, sondern auch als geopolitische Instrumente zu nutzen. Sie dienen langfristigen aussenpolitischen Zielen, etwa der Etablierung eines von China geprägten Normensystems und der symbolischen Inszenierung als verlässliche Verhandlungspartnerin (Lateigne, 2019). Die Schweiz spielte 2013 eine besondere Rolle als erstes kontinentaleuropäisches Land mit einem solchen Abkommen – ein „diplomatisches Einfallstor“ in den europäischen Raum.

4. Kernaspekte und Interessen in der Revision

4.1 Inhaltliche Schwerpunkte der geplanten Revision

Die Revision des FHA ist derzeit in Vorbereitung. Die im politischen und wirtschaftlichen Diskurs diskutierten Schwerpunkte umfassen (SECO, 2024b):

- **Zollkonzessionen und Warenhandel:** Erweiterung und Vertiefung der Zollpräferenzen, insbesondere für Sektoren mit nach wie vor hohen Zöllen wie die Uhrenindustrie. Schätzungen zufolge betrifft dies rund die Hälfte des Exportwerts nach China (Wirtschaftsstandort Schweiz, 2024; Swissinfo.ch, 24. September 2024).
- **Ursprungsregeln, Investitionen und Dienstleistungen:** Vereinfachung der Ursprungsregeln zur Entlastung der Unternehmen, Verbesserung der Bestimmungen zu Investitionen und Dienstleistungen, stärkere Berücksichtigung von E-Commerce (Wirtschaftsstandort Schweiz, 2024).
- **Nachhaltigkeit, Umwelt und Arbeitsrechte:** Stärkung der Bestimmungen zu Umwelt- und Klimaschutz sowie Arbeitsrechten. Zivilgesellschaftliche Akteure verlangen die Aufnahme einer expliziten Menschenrechtsklausel; der konkrete Zuschnitt ist noch offen und hängt von der Verhandlungsbereitschaft Chinas ab (Swissinfo.ch, 24. September 2024).
- **Geistiges Eigentum:** Ausbau der bereits umfassenden Bestimmungen zu Marken, Patenten, Testdatenschutz, geografischen Angaben und Pflanzensortenschutz (Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum, 2025).

Die Revision orientiert sich damit in ihrer Tendenz an jüngeren Abkommen wie dem FHA Schweiz-Indien: Zollerleichterungen, Förderung von Direktinvestitionen, spezifische Regelungen für Landwirtschaft und IP-Schutz sowie neue Bereiche wie Dienstleistungen und E-Commerce (economiesuisse, 2024).

4.2 Die Schweiz: Interessen, Zielkonflikte und strategische Positionierung

4.2.1 Wirtschaftliche Chancen

Für die Schweiz eröffnet die Revision des FHA ökonomische Chancen:

- Zollerleichterungen können Margen in wichtigen Exportbranchen wie Uhren, Maschinenbau, Pharma- und Lebensmittelindustrie verbessern (Swissinfo.ch, 24. September 2024; Swissmem, 2024).
- Vereinfachte Ursprungsregeln erleichtern insbesondere KMU den Zugang zum chinesischen Markt (S-GE, 2024).
- Modernisierte Investitionsschutz- und Streitbeilegungsmechanismen erhöhen Planungs- und Rechtssicherheit für langfristige Engagements (SECO, 2024).

Entscheidend ist dabei eine sektorale Perspektive. Die relevanten Effekte globaler Industriepolitik – ob Inflation Reduction Act, Green Deal oder Made in China 2025 – spielen sich in strategischen, hochproduktiven Sektoren ab, nicht gesamtwirtschaftlich. Unter dieser Perspektive sind für die Schweiz insbesondere Maschinenbau und Präzisionsindustrie, Pharma und Medtech, spezialisierte Hightech-Nischen, etwa Halbleiter-Equipment (vgl. Dresden als Beispiel für erfolgreiche Clusterpolitik in der Halbleiterindustrie) und hochwertige Dienstleistungs- und Finanzfirmen von grösserer Bedeutung.

Internationale Analysen zeigen, dass regulatorische Divergenz in fragmentierten Handelsumfeldern zu steigenden Anpassungskosten, Skalierungshemmnissen und erhöhten Transaktionskosten

führt (OECD, 2021; Aiyar et al., 2023). Für exportorientierte Volkswirtschaften kann eine kohärente regulatorische Ausrichtung daher Skaleneffekte sichern, Marktzugang stabilisieren und Wettbewerbsnachteile vermeiden. Für die Schweiz ist insbesondere die regulatorische Anschlussfähigkeit an die EU von zentraler Bedeutung. Diese kann auch stabilisierend auf Handelsbeziehungen mit Drittstaaten wie China wirken, indem sie die regulatorische Komplexität begrenzt.

4.2.2 Geopolitische Resilienz und Abhängigkeiten

Die ökonomischen Chancen stehen erheblichen geopolitischen Risiken gegenüber. Engere wirtschaftliche Verflechtungen mit China können:

- strategische Abhängigkeiten verstärken, etwa bei kritischen Gütern oder Technologien (KOF Swiss Economic Institute, 2025),
- die Schweiz in ein sich stetig wandelndes Spannungsfeld zwischen China und seinen anderen grossen Handelspartnern (EU, USA) bringen,
- innenpolitische Zielkonflikte zwischen wirtschaftlichen Interessen und wertebasierter Aussenpolitik verschärfen (Bundesrat, 2024; Humanrights.ch, 2024).

Ein weitgehender Rückzug aus dem chinesischen Markt würde die Wettbewerbsfähigkeit Schweizer Unternehmen beeinträchtigen und strategische Einflussmöglichkeiten reduzieren – insbesondere in einem Umfeld, in dem China kurz davor steht, der grösste Absatz- und Binnenmarkt der Welt zu werden. Die wirtschaftlichen Opportunitätskosten einer Abkoppelung wären erheblich. Wer langfristig Wohlstand in Europa sichern will, kann sich dem Wettbewerb um Marktanteile in China nicht vollständig entziehen. Zugleich wäre es naiv zu glauben, man könne in asymmetrischen Beziehungen einen „perfekten Deal“ ohne Zielkonflikte erzielen.

4.2.3 Navigieren oder europäisch verankern? Eine falsche Dichotomie

In der Schweizer Debatte werden strategische Optionen in einer einfachen Dichotomie dargestellt: Entweder die Schweiz navigiert flexibel zwischen den Blöcken oder sie orientiert sich klar an Europa. In der Realität ist diese Gegenüberstellung irreführend.

Zum einen ist auch Europas Haltung gegenüber China keineswegs homogen: Innerhalb der EU variieren die Ansätze deutlich, etwa zwischen stärker wirtschaftlich orientierten Positionen einzelner süd- und südosteuropäischer Staaten wie Griechenland, Italien oder Kroatien und einer zunehmend strategisch-politischen Einordnung Chinas in anderen Mitgliedstaaten.

Zum anderen zeigt auch das Beispiel der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB), dass europäische und China-bezogene Engagements sich nicht zwingend ausschliessen: Die Schweiz ist Gründungsmitglied der AIIB und bildet dort gemeinsam mit mehreren europäischen Staaten – darunter Dänemark, Ungarn, Island, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Serbien und das Vereinigte Königreich – eine gemeinsame Stimmrechtsgruppe (SECO & DEZA, 2025). Weitere europäische Länder wie etwa Frankreich und Deutschland sind Mitglieder der AIIB. Dieses Engagement wird oft als pragmatische Mitgestaltung innerhalb bestehender multilateraler Strukturen verstanden, nicht als Abkehr von europäischen Positionen. Wobei manche Analytiker:innen die AIIB auch als Gegenprojekt zu etablierten multilateralen Organisationen wie der Weltbank und dem International Monetary Fund (IMF) verstehen (Nguyen Hoang Tien et al., 2019).

Staaten wie Singapur können sich ein ausgeprägtes Navigationsmodell leisten – mit hoher Staatskapazität, klaren strategischen Narrativen, ausgefeilter Diplomatie und konsistenter Kommunikation.

Die geografische Lage der Schweiz, ihre enge wirtschaftliche Integration sowie ihre rechtliche Verflechtung mit europäischen Regelwerken verankern sie jedoch strukturell in Europa. Der privilegierte Zugang zum europäischen Binnenmarkt, die

regulatorische Anschlussfähigkeit an EU-Standards sowie eingespielte institutionelle Kooperationsmechanismen schaffen Stabilität, Planungssicherheit und wirtschaftliche Attraktivität. Und gleichzeitig kann die Schweiz ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu internationalen Partnern weiter diversifizieren, um ihre Handlungsfähigkeit zu bewahren und strukturelle Abhängigkeiten zu begrenzen.

Für die Schweiz ergibt sich daraus: Europa bleibt der strategische Anker. Innerhalb dieses Rahmens kann sie navigieren, also Spielräume nutzen, ohne die Bindung an europäische Regeln und Standards aufzugeben. Das FHA mit China ist in diesem Sinn ein „taktischer Baustein“ in einem grösseren Geflecht an Handelsbeziehungen und geopolitischen Instrumenten.

4.2.4 Normativität mit Augenmass

Die Schweiz versteht sich traditionell als Menschenrechtsstaat. Wie im Kapitel 3.1 beleuchtet wurde, ist der Effekt von Menschenrechts- und Nachhaltigkeitsklauseln in Handelsabkommen durchwachsen.

Die Aufnahme von Umwelt- und ILO-Standards kann oft auch eine innenpolitische Funktion erfüllen, indem sie zur politischen Absicherung und gesellschaftlichen Akzeptanz eines Abkommens im Inland beiträgt, unabhängig von ihrer materiellen Wirkung. Um jedoch zu vermeiden, dass es bei einer rein symbolischen Verankerung bleibt, könnten bestehende WTO-Regeln als zusätzlicher Referenzrahmen herangezogen werden. Nach der Nichtdiskriminierungslogik der Welthandelsorganisation gilt: Wenn ein Staat im Inland verbindliche Standards festlegt, müssen diese grundsätzlich auch gegenüber Importen – einschliesslich solcher aus China – angewendet werden; eine einseitige Schlechterstellung bestimmter Handelspartner ist mit dem WTO-Recht nicht vereinbar. Vor diesem Hintergrund wäre es vertretbar, gegenüber China die Einhaltung jener Standards zu verlangen, die auch im Schweizer Inland gelten.

Eine realistische Schweizer Strategie sollte deshalb auf eine klar priorisierte, aber handlungsorientierte Normativität

setzen: verbindliche, präzise definierte Standards – etwa die ILO-Kernarbeitsnormen, sowie grundlegende Umwelt- und Menschenrechtsstandards – kombiniert mit einem pragmatischen Umsetzungsansatz. Entscheidend ist, die Erwartungen klar zu benennen und institutionell zu verankern, ohne sie durch überhöhte Transformationsansprüche zu überladen. Ziel ist nicht eine umfassende Systemveränderung, sondern die glaubwürdige Durchsetzung zentraler Standards, die das FHA betreffen, die mit dem Schweizer Recht vereinbar sind und überprüfbar bleiben.

Ein anschauliches Beispiel aus dem Sicherheits- und Gesundheitsbereich ist das Programm SCORE (Sustaining Competitive and Responsible Enterprises), das vom Staatssekretariat für Wirtschaft Staatssekretariat für Wirtschaft gemeinsam mit der International Labour Organization entwickelt und unter anderem auch in China umgesetzt wurde (ILO, o.J.1; o.J.2). SCORE unterstützt kleine und mittlere Unternehmen durch eine Kombination aus praxisnaher Schulung und betrieblicher Beratung dabei, Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit sowie Arbeits- und Sicherheitsstandards gleichzeitig zu verbessern. Die positiven Resultate führten dazu, dass China zentrale Elemente und Standards des Programms in nationales Recht überführt hat, was die Anschlussfähigkeit kooperativer Ansätze unterstreicht. Solche Erfahrungen können als tragfähige Grundlage für zukünftige Kooperationen im Rahmen eines revidierten Abkommens dienen und zeigen zugleich, wie China durch die Zusammenarbeit mit der Schweiz von deren Expertise in nachhaltiger Entwicklung und Arbeitsstandards profitieren kann und allenfalls auch vice versa.

4.3 China: strategische Interessen und Opportunitäten

China verfolgt mit der Revision des FHA mehrere über den Handel hinausgehende Ziele:

- Wirtschaftliche Stabilisierung und Marktdiversifikation: Nach der Covid-19-Pandemie und einer abgeschwächten Konjunktur (unter anderem auch aufgrund des Immobilienmarktes) sucht Peking verstärkt nach Zugängen zu industrialisierten Märkten,

um Export- und Investitionsdynamik zu stützen (Swissinfo.ch, 8. Februar 2024).

- Symbolische Aufwertung: Die Schweiz ist eine innovationsstarke Volkswirtschaft, Finanzplatz und Brücke nach Europa. Ein modernisiertes FHA mit der Schweiz signalisiert Offenheit gegenüber internationalem Handel und kann als Beleg dienen, dass mit China „gut Geschäfte gemacht werden kann“ – insbesondere, wenn politische Streitpunkte ausgeklammert bleiben (NZZ, 2024).
- Geoökonomische Positionierung: Freihandelsabkommen sind Teil einer breiteren Strategie, ein von China geprägtes Netzwerk von Regeln und Institutionen aufzubauen, das langfristig westlich dominierten Strukturen Konkurrenz machen soll (Rolland, 2017).

Dabei ist für Peking wichtig: Viele Öffnungsschritte erfolgen unilateral. Für ausländische Unternehmen zählt häufig mehr, welche Sektoren China eigenständig liberalisiert, als was in Abkommen formal festgehalten ist. Die Schweiz kann davon profitieren, wenn sie institutionell in der Lage ist, solche Öffnungen rasch zu identifizieren und ihre Unternehmen zu unterstützen.

Aus chinesischer Perspektive dürfte das Interesse an verbindlichen Arbeits- und Umweltstandards im Rahmen des FHA begrenzt sein. Eine stärkere Integration arbeits- und umweltbezogener Normen wird in China vielmehr als Risiko wahrgenommen, da sie mit erhöhten Kosten und Anpassungsdruck in Branchen mit bislang niedrigen Standards, sowie der Schaffung eines Präzedenzfalls für künftige Abkommen mit anderen Partnerländern verbunden ist (Humanrights.ch, 2024). Zudem wäre die Umsetzung komplex und koordinationsintensiv, da sie eine enge Abstimmung zwischen verschiedenen Verwaltungsebenen, institutionellen Akteuren und Unternehmen erfordern würde. Über die inhaltlichen Implikationen hinaus fehlt zudem die Bereitschaft, entsprechende Klauseln allein aufgrund ihrer symbolischen Wirkung zu akzeptieren. Selbst im Fall ihrer formalen Aufnahme bleibt unklar, in welchem Ausmass solche Bestimmungen tatsächlich umgesetzt würden. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass China bestrebt sein wird, normative Elemente im FHA möglichst zu begrenzen oder zumindest weich auszugestalten, ohne jedoch den politischen und symbolischen Wert des Abkommens grundsätzlich zu unterminieren.

5. Handlungsempfehlungen für eine tragfähige Revision des FHA Schweiz–China

Auf Basis der Analyse lassen sich folgende Handlungsempfehlungen formulieren. Sie sind bewusst so angelegt, dass sie ökonomische, geopolitische und normative Anforderungen verbinden – und gleichzeitig gegenüber Bevölkerung, Politik und Verwaltung vermittelbar bleiben.

Übergeordnete Empfehlung: Die FHA-Revision als strategischen politischen Gesamtprozess begreifen

Die Aktualisierung des Freihandelsabkommens sollte explizit nicht als rein technische Revision verstanden werden, sondern als politischer Gestaltungsprozess – von der inhaltlichen Neuausrichtung bis hin zu einer möglichen Volksabstimmung.

Der Bundesrat sollte die FHA-Revision in eine übergeordnete Positionierungsstrategie einbetten, die drei Ziele miteinander verbindet:

1. Sicherung und Ausbau der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit,
2. Reduktion strategischer Abhängigkeiten und Stärkung der Resilienz durch Diversifikation,
3. glaubwürdige Verankerung von Menschenrechts-, Arbeits- und Umweltstandards.

Diese strategische Herangehensweise erfordert von Beginn an eine offene, transparente und ehrliche Kommunikation über Chancen und Risiken des Abkommens. Klar zu benennen ist, dass ein FHA Gewinner und Verlierer infolge von Strukturwandel erzeugen kann und dass die Debatte nicht auf ein verkürztes „mehr Handel = mehr Wohlstand“ reduziert werden kann. Zivilgesellschaft, Sozialpartner und Wissenschaft sollten frühzeitig eingebunden werden. Auch wenn dies kurzfristig kontroverse politische Debatten begünstigt, stärkt ein solcher prozessualer Ansatz langfristig die demokratische Legitimation und die innenpolitische Tragfähigkeit der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik. Entscheidend ist dabei die kommunikative Leitlinie: Es geht nicht um ein „Ja oder Nein zu China“, sondern um die Frage, ob und wie ein modernisiertes FHA die Interessen der Schweiz in einer multipolaren Ordnung unterstützt. Nach diesen drei Zielen wurden auch die weiteren Handlungsempfehlungen gegliedert.

5.1 Wirtschaftliche Tragfähigkeit

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Exportwirtschaft, gezielter Marktzugang für strategische Sektoren und Förderung hochwertiger Investitionen.

Empfehlung 1: Wirtschaftliche Tragfähigkeit als qualitatives Wettbewerbsziel definieren

Die wirtschaftliche Zielsetzung der FHA-Revision sollte sich nicht primär an der Maximierung von Handelsvolumen orientieren, sondern an der Stärkung langfristiger, hochwertiger Wertschöpfung. Im Zentrum stehen dabei der gezielte Marktzugang für innovations- und produktivitätsstarke Sektoren sowie verlässliche regulatorische Rahmenbedingungen, die Unternehmen Planungssicherheit und Investitionsstabilität bieten. Konkret sollte die Schweiz im Rahmen der FHA-Revision:

- gezielten Marktzugang für strategische Sektoren priorisieren, in denen Schweizer Unternehmen hohe Produktivität, Innovationsfähigkeit und regulatorische Klarheit aufweisen (z. B. Pharma, Medtech, Maschinenbau, Präzisionsinstrumente, Cleantech),
- Planungs- und Rechtssicherheit durch klare Bestimmungen zu geistigem Eigentum, technischen Standards, Daten und Streitbeilegung stärken, um produktive und langfristige Investitionen zu begünstigen – insbesondere für KMUs.

Wirtschaftliche Tragfähigkeit bedeutet in diesem Sinne eine strategische, selektive Öffnung, die nicht kurzfristige Effizienzgewinne maximiert, sondern die strukturelle Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Volkswirtschaft in einem von geopolitischen Spannungen und industriepolitischen Eingriffen geprägten globalen Handelssystem stärkt.

5.2 Resilienz und Sicherheit

Keine leichtfertige Reduktion bestehender Abhängigkeiten, sondern Einbettung des FHA in eine systematische De-Risking-Strategie mit klaren Notfallmechanismen.

Empfehlung 2: Eine strukturierte De-Risking-Analyse nach internationaler Methodik durchführen

Statt sich auf selektive Beispiele internationaler Industriepolitik zu stützen, sollte die Schweiz auf Basis der SECO-Analyse (2023) zur Exposition der Schweizer Wirtschaft gegenüber China eine systematische De-Risking-Analyse durchführen (z. B. entlang der OECD-Methodik zu „Critical Dependencies“). Diese sollte:

- kritische Abhängigkeiten entlang von Wertschöpfungsketten identifizieren (,
- Prioritäten nach Sektoren, Technologien und Rohstoffen setzen,
- Szenarien für Störungen im Handel mit China (wie auch anderen Staaten) entwickeln.

Die Analyse bildet die Grundlage, um:

- gezielte Diversifizierungsstrategien (z. B. ASEAN, Indien, Mercosur) weiterhin zu fördern,
- Vorräte, Substitutionen oder Technologiekooperationen strategisch zu planen,
- das FHA bewusst dort zu vertiefen, wo Abhängigkeiten als tragbar gelten.

Empfehlung 3: Einen Notfallmechanismus gegen wirtschaftliche Erpressung entwickeln

In Anlehnung an das EU-Anti-Coercion-Instrument (ACI) sollte die Schweiz prüfen, welche Elemente adaptierbar sind für die Entwicklung eines eigenen Notfallmechanismus. Ziel ist weniger die Androhung von Gegenmassnahmen, als:

- die Klärung des Verfahrens mit den diversen involvierten Akteuren im Falle wirtschaftlichen Drucks,
- eine verbesserte Koordination mit EU-Partnern,
- ein systematisches Bewusstsein für eigene Verwundbarkeiten.

Ein solcher Mechanismus kann ausserhalb des FHA (z. B. auf Gesetzes- oder Strategieebene) verankert werden, sollte aber im Umgang mit China konzeptionell mitgedacht werden.

Empfehlung 4: IP-Schutz, Technologie- und Cyberbestimmungen gezielt ausbauen

Um technologische Kooperation zu ermöglichen, ohne neue einseitige Abhängigkeiten zu schaffen, sollte die Schweiz:

- den Schutz geistigen Eigentums (Patente, Marken, Testdaten, geografische Angaben) weiter präzisieren,
- Regeln zu digitalen Dienstleistungen, Datenflüssen und Cybersicherheit verankern,
- kritische Infrastrukturen und sensible Technologien explizit von übermässigen Öffnungspflichten ausnehmen.

So lassen sich Innovationsfähigkeit und Sicherheitsinteressen miteinander verbinden.

Empfehlung 5: Europa als strategischen Anker stärken

Die Schweiz sollte ihre aussenwirtschaftliche Strategie klar europäisch definieren – insbesondere in Regulierung, Standards, Datenschutz, Klima- und Handelspolitik. Innerhalb dieses Rahmens kann eine taktische Kooperation mit China erfolgen, sofern:

- keine fundamentalen Widersprüche zur EU-Politik entstehen,
- sicherheitsrelevante Sektoren (insbesondere sensible Technologien) nicht einseitig geöffnet werden,
- Kernnormen im Arbeitsrecht, die Menschenrechte und internationale Umweltstandards nicht unterboten werden.

EU-Instrumente wie ACI, CBAM oder die Debatte um das CAI sollten systematisch ausgewertet und in die Schweizer Positionierung integriert werden.

5.3 Wertebasierung mit Augenmass

Klare Standards in Arbeitsrechten, Umwelt- und Menschenrechtsschutz, ohne unrealistische Ansprüche auf Transformation innerhalb Chinas.

Empfehlung 6: Produkt- und Konsument:innenschutz im FHA sichtbarer verankern

Angesichts aktueller Debatten um grosse chinesische Online-Marktplätze oder Plattformen sollte die Schweiz:

- Verankerung eines strukturierten Dialogs zwischen zuständigen Behörden (z.B. SECO, Zoll, Marktaufsicht, Konsumentenschutz)
- explizite Verweise auf internationale und europäische Sicherheits-, Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards aufnehmen,
- Informations- und Rückruffpflichten im Onlinehandel konkretisieren.

Ziel ist es, qualitativ hochwertige Importe zu fördern, Konsument:innen zu schützen und faire Wettbewerbsbedingungen für die Schweizer Produktion zu sichern.

Empfehlung 7: Ein ambitioniertes, aber fokussiertes Nachhaltigkeits- und Arbeitsrechtskapitel verankern

Die Schweiz sollte auf einem Kapitel zu Standards bestehen, das:

- explizit auf ILO-Kernarbeitsnormen verweist, insbesondere das Verbot von Zwangsarbeit,
- Bezug auf das Pariser Klimaabkommen und die Agenda 2030 nimmt,
- einen institutionalisierten Dialog sowie regelmässige Berichterstattung vorsieht,
- zivilgesellschaftliche Expertise über Advisory Groups einbindet.
- die Möglichkeit von Suspensionsklauseln (bspw. Strafzölle oder Importstopps) vorsieht

Wo harte Sanktionsmechanismen nicht durchsetzbar sind, sollten Transparenz, Evaluation und öffentliche Berichterstattung wirken. Programme wie SCORE können dabei als Umsetzungslogik dienen.

Empfehlung 8: Schweizer Umsetzungskompetenz gezielt nutzen (z.B. SCORE)

Programme wie „Sustaining Competitive and Responsible Enterprises“ (SCORE), die in China konkrete Verbesserungen im Arbeits- und Gesundheitsschutz erzielt haben, sollten als Referenz dienen. Die Schweiz kann:

- technische Kooperation und Kapazitätsaufbau anbieten,
- den Transfer von Best Practices fördern,
- klare Erwartungen formulieren, dass ratifizierte ILO-Konventionen auch praktisch umgesetzt werden.

So wird Normativität mit konkreter Wirkung verknüpft und nicht in abstrakten Prinzipien stehengelassen.

Empfehlung 9: China-Kompetenz in Verwaltung und Politik systematisch ausbauen

Eine kohärente China-Politik setzt fundierte Expertise voraus. Die Schweiz sollte:

- ein interdepartementales China-Desk aufbauen, das auch die Kantone einbindet,
- interdisziplinäre Teams schaffen, die Handel, Sicherheit, Menschenrechte und Technologie gemeinsam analysieren,
- den Austausch mit Forschungsinstitutionen und Think-Tanks mit China-Kompetenz institutionalisieren
- vor dem Hintergrund der strategischen Relevanz hierfür finanzielle Mittel bereitstellen.

Nur mit ausreichender China-Kompetenz lassen sich Chancen erkennen, Risiken realistisch einschätzen und konsistente Positionen vertreten.

6. Fazit

Die Revision des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und China ist mehr als eine technische Übung. Sie ist ein Lackmustest dafür, ob die Schweiz in einer zunehmend multipolaren Welt eine Aussenwirtschaftspolitik betreiben kann, die wirtschaftliche Interessen, geopolitische Resilienz und normative Prinzipien in ein tragfähiges Gleichgewicht bringt. Insbesondere unter den aktuellen geopolitischen Rahmenbedingungen sollte ein modernes FHA Schweiz–China sollte drei zentrale Anforderungen erfüllen.

1. **Wirtschaftliche Tragfähigkeit:** Es stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Exportwirtschaft, erleichtert Marktzugang für strategische Sektoren und unterstützt die Ansiedlung hochwertiger Investitionen. Ein modernisiertes FHA muss deshalb konkrete Vorteile für strategische Sektoren und Planungssicherheit für Unternehmen erhöhen.
2. **Resilienz und Sicherheit:** Die Schweiz soll sich auf jene Hebel konzentrieren, die sie tatsächlich selbst beeinflussen kann. Dazu gehören Instrumente zur Risikoreduktion, sowie eine aktive Handelsdiversifizierung. Es reduziert keine bestehenden Abhängigkeiten leichtfertig, sondern wird von einer systematischen De-Risking-Strategie und klaren Notfallmechanismen flankiert.
3. **Wertebasierung mit Augenmass:** Die geopolitischen und technologischen Rahmenbedingungen verändern sich schneller als Handelsabkommen. Ein zukunftsfähiges FHA verankert klare Standards und Überprüfungsklauseln in den Bereichen Arbeitsrechte, Umweltschutz und Menschenrechte, während es die strategische Flexibilität bewahrt und ohne in unrealistische Transformationsansprüche zu verfallen.

Diese Anforderungen stehen jedoch nicht spannungsfrei nebeneinander, sondern beinhalten inhärente Zielkonflikte. Es ist davon auszugehen, dass sich alle drei Faktoren im Zuge globaler

Machtverschiebungen, technologischer Entwicklungen und regulatorischer Dynamiken weiter verändern werden. Und dennoch: Europa bleibt dabei der strategische Anker der Schweiz. Auf Basis dieses Bezugsrahmens kann sie gezielt navigieren, Chancen in einem sich wandelnden China nutzen und zugleich ihre aussenpolitische Glaubwürdigkeit wahren.

Die FHA-Revision eröffnet die Möglichkeit, diese Balance zu erproben und das Abkommen systematisch entlang der drei oben genannten Dimensionen zu evaluieren. Sie wird nicht alle Zielkonflikte auflösen. Aber sie kann ein wichtiger Schritt hin zu einer Aussenwirtschaftspolitik sein, die weder naiv noch zynisch ist, sondern realistisch, reflektiert und vorausschauend.

Literaturverzeichnis

Wissenschaftliche Literatur und Bücher

- Aiyar, S., Chen, J., Ebeke, C. H., Garcia-Saltos, R., Gudmundsson, T., Ilyina, A., Kangur, A., Kunaratskul, T., Rodriguez, S. L., Ruta, M., Schulze, T., Soderberg, G., & Trevino, J. P. (2023). Geoeconomic fragmentation and the future of multilateralism (Staff Discussion Notes No. 2023/001). International Monetary Fund.
- Baldwin, R. (2016). *The great convergence: Information technology and the new globalization*. Harvard University Press.
- Bernaz, N. (2021). *Business and human rights: History, law and policy: Bridging the accountability gap*. Routledge.
- Creemers, R. (2017). China's cybersecurity law: The role of the state in a digitalized society. *New America / DigiChina Project*.
- Diez, T. (2013). Normative power as hegemony. *Cooperation and Conflict*, 48(2), 194–210.
- Dür, A., Baccini, L., & Elsig, M. (2014). The design of international trade agreements: Introducing a new dataset. *The Review of International Organizations*, 9(3), 353–375.
- Felbermayr, G., Gröschl, J., & Heiland, I. (2020). *Undoing Europe in a new quantitative trade model* (ifo Working Paper No. 313). ifo Institute.
- Feng, E. (2025). *Let only red flowers bloom: Identity and belonging in Xi Jinping's China*. Crown.
- Feng, Y. (2020). Multilateralism with Chinese characteristics? Implications for the EU. *L'Europe en Formation*, 2020(2), 39–53. CAIRN.INFO.
- Freudlsperger, C., & Meunier, S. (2024). When foreign policy becomes trade policy: The EU's anti-coercion instrument. *Journal of Common Market Studies*, 62(4).
- Garcia, M., & Costea, A. (2024). The EU's geoeconomic turn: Instrumentalizing trade for strategic autonomy. *Journal of Common Market Studies*, 62(1), 55–72.
- Hoekman, B., & Sabel, C. (2021). Plurilateral cooperation as an alternative to trade agreements: Innovating one domain at a time. *Global Policy*, 12(S3), 49–59.
- Johnston, A. I. (2008). *Social states: China in international institutions, 1980–2000*. Princeton University Press.
- Knüsel, A., & Weber, R. (2024). *Die Schweiz und China*. Verlag für Kultur und Geschichte GmbH.
- Lang, A., & Scott, J. (2021). Trade, inequality and the political economy of institutions. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, 14(1), 49–66.
- Lateigne, B. (2019). China's free trade strategy and its implications for Europe. *Asia Europe Journal*, 17(1), 33–49.
- Lechner, L. (2022). Greening trade agreements? *Journal of International Economic Law*, 25(3), 499–520.
- Meunier, S., & Nicolaïdis, K. (2022). The geopoliticization of European trade policy: Protect, project, and punish. *Geopolitics*, 27(3), 642–664.
- Miller, C. (2022). *Chip War: The fight for the world's most critical technology*. Scribner.
- Nguyen Hoang Tien, N. H., Pham Cong Do, P. C., Vo Tan Phong, V. T., Phan Van Thuong, P. V., & Ha Van Dung, H. V. (2019). AIIB as a challenger for IMF and WB. *American International Journal of Business Management*, 2(10), 62–68.
- Pearson, M., Rithmire, M., & Tsai, K. (2021). Party-State Capitalism in China. *Current History*, 120(827), 207–213.

- Postnikov, E., & Bastiaens, I. (2014). Does dialogue work? The effectiveness of labor standards in EU preferential trade agreements. *Journal of European Public Policy*, 21(6), 923–940.
- Rodrik, D. (2018). *Straight talk on trade: Ideas for a sane world economy*. Princeton University Press.
- Rolland, N. (2017). China's Eurasian century? Political and strategic implications of the Belt and Road Initiative. *National Bureau of Asian Research*.
- Rühlig, T. (2023). *China's digital rise: Technology, standards and geopolitics*. Oxford University Press.
- Sverdrup-Thygeson, B. (2017). *Norway and China after the Nobel Peace Prize crisis*. Asia Policy.
- Syarip, R. (2020). Defending Foreign Policy at Home: Indonesia and the ASEAN-Based Free Trade Agreements. *Journal of Current Southeast Asian Affairs*, 39(3), 405–427.
- Weber, R. (2024). From strategic partner to systemic rival? EU–China relations in recent times. *Zeitschrift für Europarecht* (Ausgabe 07/2024).
- Webster, G., Creemers, R., Triolo, P., & Kania, E. (2021). Translation and analysis of China's Data Security Law and Personal Information Protection Law. *New America / DigiChina Project*.
- Zhang, X. (2021). China's dual circulation: A strategy for economic resilience. *China Economic Review*, 68, Article 101627.

Andere Quellen

- Amnesty.ch. (2025). China und die Menschenrechte: Herausforderungen für die Schweizer Handelspolitik. <https://www.amnesty.ch/de/themen/wirtschaft-menschenrechte/dokumente/2025/china-schweiz-freihandel> (zuletzt besucht am 21.5.2025).
- Brookings Institution. (2025). China's assertive foreign policy. <https://www.brookings.edu/articles/how-will-the-biden-administrations-china-policy-be-remembered> (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- Bunde, T., Eisentraut, S., & Schütte, L. (Eds.). (2025). *Munich Security Report 2025: Multipolarization*. Münchner Sicherheitskonferenz. <https://doi.org/10.47342/EZUC8623> (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus. Umfassendes Investitionsabkommen zwischen der EU und China (CAI). <https://www.bmwet.gv.at/Themen/International/Handels-und-Investitionspolitik/Investitionspolitik/EU-China-Investitionsabkommen.html> (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- Bundesrat. (2024). Optimierung des Freihandelsabkommens Schweiz–China. <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-102448.html> (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- Chan, D., & Yang, E. (2022, 8. Juni). The US-China currency rivalry: Choosing sides. *The Daily Economy*. <https://thedailyeconomy.org/article/the-us-china-currency-rivalry-choosing-sides/> (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- China Macro Group. (2024). *Externe Evaluation der China-Strategie des Bundesrats vom März 2021*. <https://www.chinamacro.ch/post/external-evaluation-of-the-swiss-government-s-china-strategy-of-march-2021-produced-by-china-macro> (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- Council on Foreign Relations. (2024). Protecting U.S. Allies and Partners from Chinese Economic Coercion. <https://www.cfr.org/articles/protecting-us-allies-and-partners-chinese-economic-coercion> (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- economiesuisse. (2024). *Freihandelsabkommen Schweiz–China: Hohe Bedeutung für die Schweiz*. <https://www.economiesuisse.ch/de/artikel/freihandelsabkommen-schweiz-china> (zuletzt besucht am: 21.5.2025).
- Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten. (2024). Schweiz und China – In Kürze. <https://www.eda.admin.ch/countries/china/de/home/bilaterale-beziehungen/in-kuerze.html> (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum. (2025, 30. April). Schweiz–China – Freihandelsabkommen: Schutz des Geistigen Eigentums. <https://www.ige.ch/de/recht-und-politik/immaterialgueterrecht-international/bilaterale-abkommen/freihandelsabkommen/schweiz-china> (zuletzt besucht am 21.5.2025).
- Euronews. (2025, 25. September). EU's green demands are jamming trade talks with India. <https://www.euronews.com/my-europe/2025/09/25/eus-green-demands-are-jamming-trade-talks-with-india> (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- European Commission. (2023). Anti-Coercion Instrument. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_6804 (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- European Parliamentary Research Service. (2024). EU anti-coercion instrument (EU Legislation in Progress Briefing No. PE 729.299). https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2022/729299/EPRS_BRI%282022%29729299_EN.pdf
- Fedlex. (2024). Bundesgesetz über die Prüfung ausländischer Investitionen. <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2024/125/de> (zuletzt besucht: 1.3.2026).
- Gateway House. (2020, 5. November). Sino-American rivalry. Gateway House – Indian Council on Global Relations. <https://www.gatewayhouse.in/sino-american-rivalry/> (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- Gersbach, H. (2026, 7. Januar). Hans Gersbach, warum ist die Schweiz beim Handel mit den USA so verwundbar und was kann sie dagegen tun? ETH Zürich. <https://ethz.ch/de/news-und-veranstaltungen/eth-news/news/2026/01/hans-gersbach-warum-ist-die-schweiz-beim-handel-mit-usa-verwundbar.html> (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- Humanrights.ch. (2024). Freihandelsabkommen Schweiz–China: Menschenrechte ins Zentrum rücken [Positionspapier]. https://www.humanrights.ch/cms/upload/pdf/101124_Positionspapier_China_FHA.pdf (zuletzt besucht am 21.5.2025).
- International Labour Organization. (o. J. 1). Sustaining Competitive and Responsible Enterprises (SCORE) Phase III – China. <https://www.ilo.org/projects-and-partnerships/projects/sustaining-competitive-and-responsible-enterprises-score-phase-iii-china> (zuletzt besucht am 21.5.2025).
- International Labour Organization. (o. J. 2). Sustaining Competitive and Responsible Enterprises (SCORE) Programme. <https://www.ilo.org/projects-and-partnerships/projects/sustaining-competitive-and-responsible-enterprises-score-programme> (zuletzt besucht am 21.5.2025).
- Kennedy, S. (2020). *Made in China 2025*. Center for Strategic and International Studies. <https://www.csis.org/analysis/made-china-2025> (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- KOF Swiss Economic Institute. (2024). KOF Globalisation Index. <https://kof.ethz.ch/en/forecasts-and-indicators/indicators/kof-globalisation-index.html> (zuletzt besucht am 7.3.2026).

- KOF Swiss Economic Institute. (2025, 20. Februar). Der Schweiz bietet sich eine einmalige Chance. <https://kof.ethz.ch/publikationen/kof-insights/beitraege/2025/02/der-schweiz-bietet-sich-eine-einmalige-chance.html> (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- MERICs. (2023). Amended anti-espionage law aims to curate China's own narrative. <https://merics.org/en/comment/amended-anti-espionage-law-aims-curate-chinas-own-narrative> (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- Neue Zürcher Zeitung (NZZ). (2024). China-Freunde im Aufwind. <https://www.nzz.ch/schweiz/china-freunde-im-aufwind-wegen-des-zollstreits-mit-trump-schliet-die-schweiz-gegen-osten-ld.1880783> (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD). (2021): Making Trade Work for All. https://www.oecd.org/en/publications/making-trade-work-for-all_6e27effd-en.html (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD). (2019). The most favoured nation and non-discrimination provisions in international trade law and the OECD Codes of Liberalisation. Organisation for Economic Co-operation and Development. https://www.oecd.org/en/publications/the-most-favoured-nation-and-non-discrimination-provisions-in-international-trade-law-and-the-oecd-codes-of-liberalisation_c7abd09b-en.html (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD). (2023). Global value chains and economic resilience. https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2023/06/risks-and-opportunities-of-reshaping-global-value-chains_01d5e227/f758afe8-en.pdf (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- PwC. (2017). The world in 2050: The long view—How will the global economic order change by 2050? <https://www.pwc.com/content/pwc/script/gx/en/amp/issues/economy/the-world-in-2050.html> (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- Schmid, U. M. (2025, 5. März). Chinas «prorussische Neutralität». Neue Zürcher Zeitung. <https://www.nzz.ch/feuilleton/ziemlich-beste-freunde-was-china-und-russland-verbindet-ld.1873572> (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- Schweizer Parlament. (2025, May 11). 24.3822 – Die China-Strategie muss verlängert werden! <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft> (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO). (2023). Konjunkturtendenzen SECO, Herbst 2023: Exkurs – Wie stark ist die Schweizer Konjunktur gegenüber der chinesischen Wirtschaft exponiert? https://www.seco.admin.ch/dam/seco/de/dokumente/Publikationen/Dienstleistungen/Publikationen_Formulare/Wirtschaftslage/Konjunkturtendenzen/Spezialthema/kt_2023_03_exkurs_china.pdf (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO). (2024a). Aussenhandel der Schweiz 2023 – Statistiken und Entwicklungen. https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik/Wirtschaftliche_Zusammenarbeit/Wirtschaftsbeziehungen/exportkontrollen-und-sanktionen/ruestungskontrolle-und-ruestungskontrollpolitik--bwrp-/zahlen-und-statistiken0.html (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO). (2024b). Optimierung des Freihandelsabkommens Schweiz–China. <https://www.seco-cooperation.admin.ch/de/nsb?id=102448> (zuletzt besucht am 7.3.2026).

- Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) & Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA). (2025). Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank: Merkblatt. <https://www.seco-cooperation.admin.ch/de/asiatische-infrastruktur-investitionsbank> (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- State Council of the People's Republic of China. (2015). Made in China 2025. https://cset.georgetown.edu/wp-content/uploads/t0432_made_in_china_2025_EN.pdf
- Swissinfo.ch. (2024, 6. Februar). Die Zukunft der Beziehungen Schweiz–China. <https://www.swissinfo.ch/ger/politik/die-zukunft-der-beziehungen-schweiz-china/49187406> (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- Swissinfo.ch. (2024, 8. Februar). Diese Schweizer Marken träumen vom chinesischen Markt. <https://www.swissinfo.ch/ger/wirtschaft/diese-schweizer-marken-traeumen-vom-chinesischen-markt/49191102> (zuletzt besucht am 3.3.2026).
- Swissinfo.ch. (2024, 24. September). Freihandelsabkommen: Warum die Schweiz noch näher zu China will. <https://www.swissinfo.ch/ger/bundespolitik/warum-die-schweiz-noch-mehr-n%C3%A4he-zu-china-sucht/87602991>
- Swissmem. (2024). Beziehungen Schweiz–China: Unverzichtbarkeit der Schweiz in diplomatischer und wirtschaftlicher Hinsicht stärken. Abgerufen am 21. Mai 2025 von <https://www.swissmem.ch/de/beziehungen-schweiz-china-unverzichtbarkeit-der-schweiz-in-diplomatischer-und-wirtschaftlicher-hinsicht-staerken-neue-studie-zeigt-herausforderungen-der-unternehmen-in-einer-bipolaren-welt.html> (zuletzt besucht am 21.5.2025).
- The Economist. (2025, 1. April). Drum Tower: Beijing blueprint: How China could take over Taiwan without firing a shot [Audio podcast episode]. In Drum Tower from The Economist. <https://shows.acast.com/drumtower/episodes/beijing-blueprint-how-china-could-take-over-taiwan-without-f>
- United Nations. (2025). UN Special Rapporteur: China must uphold the rights of imprisoned human rights defenders. <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/08/un-special-rapporteur-china-must-uphold-rights-imprisoned-human-rights> (zuletzt besucht: 1.3.2026)
- Universität St. Gallen. (2024). Evaluation des Freihandelsabkommens Schweiz–China: Wirtschaftliche Auswirkungen und Perspektiven. <https://www.unisg.ch/de/forschung/publikationen/fha-schweiz-china-2024> (zuletzt besucht am 21.5.2025).
- US–China Business Council (2023). Member Survey 2023: Business Environment in China. https://www.uschina.org/wp-content/uploads/2023/09/en-2023_member_survey.pdf (zuletzt besucht am 21.5.2025).
- Wirtschaftsstandort Schweiz. (2024, 16. September). Freihandelsabkommen Schweiz–China – Optimierung. <https://www.ansiedlung-schweiz.ch/2024/09/wirtschaftsstandort-schweiz-freihandelsabkommen-schweiz-china-optimierung/> (zuletzt besucht am 6.9.2025).
- World Gold Council. (2023). Gold and international trade: Market structure and policy considerations. <https://www.gold.org/goldhub/data/gold-trading-volumes?> (zuletzt besucht am 6.9.2025).
- World Trade Organization (WTO). (2023c). World Trade Report 2023: Re-globalization for a resilient, inclusive and sustainable future. World Trade Organization. https://www.wto.org/english/res_e/booksp_e/wtr23_e/wtr23_e.pdf (zuletzt besucht am 7.3.2026).
- Zeynalova, S. (2025, 17. November). The regional reality of the U.S.–China rivalry. Think-Tanks.AZ. <https://think-tanks.az/eng/archives/1525> (zuletzt besucht am 7.3.2026).

Citation

Cadelli, E., Hänni, S. (2026). Zwischen mehr Marktzugang und Wertepolitik: Die Revision des Freihandelsabkommens Schweiz–China im geopolitischen Wandel. Bern: foraus - Forum Aussenpolitik.

Disclaimer

This study reflects the personal opinion of the authors, which is not necessarily the same as that of the association foraus.

www.foraus.ch

Bern | foraus – Forum Aussenpolitik | Marktgasse 36 | 3011 Bern

Genève | foraus – Forum de politique étrangère | c/o Impact Hub, Rue de Fendt 1 |
1201 Genève | office@foraus.ch | +41 44 501 68 65

IBAN: CH06 0900 0000 60176892 9

Become part of our network

Through the association's unique grassroots-model, foraus advocates a socio-political future for Switzerland and stands for both a constructive foreign policy and an information-rich dialogue. Do you share this vision? Then come support us and get active! ●

as a member

A membership in our unique network and a voluntary involvement at foraus is open to everyone. We offer you access to an extraordinary network, fascinating personalities, and the possibility to bring your academic know-how into the public debate.

as an author

foraus enables you to tackle the challenges in Swiss and international foreign policy and offers you a platform where you are invited to publish your innovative ideas in the form of a policy paper, a short analysis or a blog.

as a benefactor

Our circle of benefactors, the «Cercle des Donateurs», contributes to the dissemination of the sponsorship, and offers interested personalities the possibility to support and promote foraus.



foraus.ch/en/engage/